

#### Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

16. März 2018

# Wochenbericht KW 11

#### forsa | Emnid | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 34 % und 32 %, SPD bei 19 % bzw. 18 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Politischer Handlungsbedarf wird vor allem in der Pflege gesehen
Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung deutlich zurückgegangen; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
Wichtigste Themen:	Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung

### Wähleranteile

#### Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid¹</b> für BamS	FG Wahlen <sup>2</sup> für ZDF
CDU/CSU	34 (-1)	33 (-)	32 (-1)
SPD	18 (-)	19 (-)	19 (+2)
FDP	9 (-)	9 (+1)	9 (+1)
DIE LINKE	10 (+1)	10 (-)	11 (-)
B'90/Grüne	13 (+1)	11 (-1)	12 (-)
AfD	12 (-1)	14 (+1)	13 (-1)
Sonstige	4 (-)	4 (-1)	4 (-1)
Erhebungszeitraum	0509.03.	0814.03.	1315.03.

Die Union liegt bei forsa 16 (-1), bei Emnid 14 (-) und bei FG Wahlen 13 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

### Kanzlerpräferenz

#### Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	
Merkel	48 (-)	
Nahles	12 (-2)	
Merkel	43 (-2)	
Scholz	23 (+3)	
Erhebungszeitraum	0509.03.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 36 (+2) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 20 (-5) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

86 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-1) Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 33 % (-4) für Nahles und 36 % (+2) für Merkel entscheiden.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 82 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger für Merkel und 6 % (-1) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 53 % (+5) Scholz und 27 % (-1) Merkel.

2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (18.03.2018)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> im Vergleich zur KW 8

### Problemlösungskompetenz

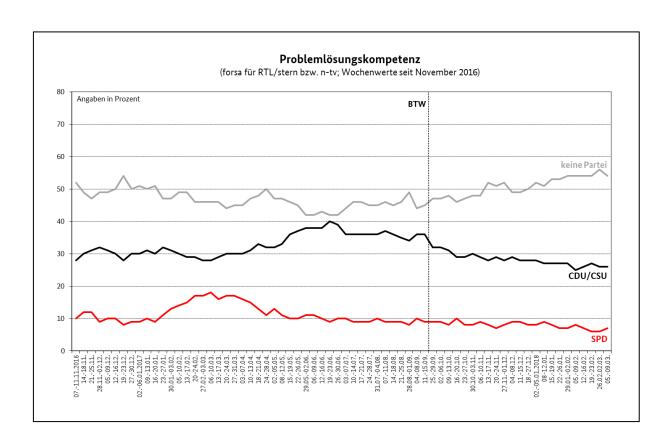
#### Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	
CDU/CSU	26 (-)	
SPD	7 (+1)	
sonstige Parteien	13 (+1)	
keine Partei	54 (-2)	
Erhebungszeitraum	0509.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 19 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (-2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

67 % (+3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 34 % (+2) von ihrer Partei.



#### Wichtigkeit politischer Aufgaben im März 2018

Emnid für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig		sehr				I wichti		wichtig weniger wichtig		unwichtig	
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	72	(+4)	26	(-4)	1	(-)	0	(-1)				
Bedingungen der Pflege verbessern	68	(+2)	28	(-2)	4	(+1)	0	(-1)				
Altersversorgung langfristig sichern	66	(+2)	31	(-1)	2	(-1)	1	(-)				
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60	(+1)	36	(+1)	4	(+1)	1	(-1)				
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58	(-)	38	(+1)	3	(-1)	0	(-1)				
innere Sicherheit gewährleisten	53	(+2)	40	(-2)	6	(+2)	0	(-2)				
Steuerlast gerecht verteilen	52	(-1)	37	(-2)	8	(+3)	1	(-1)				
Gesundheitswesen modernisieren	51	(+3)	39	(-2)	9	(-)	1	(-)				
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	49	(-3)	45	(+4)	5	(-1)	0	(-1)				
Arbeitslosigkeit bekämpfen	45	(+4)	41	(-5)	11	(-)	2	(+1)				
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	44	(-1)	43	(+4)	11	(-3)	1	(-1)				
neue Technologien fördern	36	(+5)	48	(-4)	14	(-)	1	(-1)				
Zuwanderung von Ausländern regeln	36	(-4)	44	(+1)	13	(+1)	5	(+1)				
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	35	(+2)	47	(+3)	11	(-2)	5	(-3)				
für bezahlbare Strompreise sorgen	32	(-7)	51	(+7)	15	(+2)	1	(-2)				
deutsche Interessen in der EU vertreten	30	(-)	56	(+1)	12	(+1)	2	(-1)				
Energiewende zügig vorantreiben	29	(-2)	52	(+5)	15	(-2)	4	(-)				
Verbraucherschutz stärken	25	(+2)	57	(-1)	15	(+1)	1	(-3)				
deutsche Interessen im Ausland vertreten	23	(+1)	59	(+1)	14	(-1)	2	(-2)				
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	22	(-1)	60	(+4)	12	(-3)	3	(-)				
Staatsschulden begrenzen	22	(-6)	52	(+1)	20	(+4)	4	(-)				
Erhebungszeitraum			(	)513.0	3.2018							

Die <u>Bildungspolitik</u> ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von 30- bis 49-Jährigen (78 %) sowie von Anhängern der FDP, der Grünen (jew. 79 %) und der SPD (77 %) als sehr wichtig angesehen. Unter 30-Jährige (67 %) und Anhänger der AfD (59 %) betrachten sie unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von Personen mit mittlerer formaler Bildung (76 %) und Anhängern der AfD (85 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Über 50-Jährige nennen diese Aufgabe häufiger als unter 50-Jährige (73 % zu 62 %). Männer (63 %) sowie Anhänger der FDP (54 %) und der Linkspartei (63 %) halten eine Verbesserung der Pflege unterdurchschnittlich oft für sehr wichtig.

#### Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im März 2018

Emnid für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2018

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht		
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (-1)	20 (+1)		
deutsche Interessen in der EU vertreten	70 (+2)	25 (-)		
deutsche Interessen im Ausland vertreten	68 (+1)	25 (-1)		
Arbeitslosigkeit bekämpfen	65 (+2)	30 (-1)		
innere Sicherheit gewährleisten	62 (+3)	32 (-5)		
Staatsschulden begrenzen	59 (-2)	29 (-2)		
neue Technologien fördern	59 (-2)	31 (-)		
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (+1)	40 (-1)		
Verbraucherschutz stärken	52 (-5)	38 (+3)		
für bezahlbare Strompreise sorgen	49 (+1)	41 (-5)		
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	49 (-2)	45 (-)		
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	47 (-2)	43 (-)		
Energiewende zügig vorantreiben	46 (+2)	47 (-3)		
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	44 (-5)	50 (+3)		
für soziale Gerechtigkeit sorgen	41 (-)	54 (-)		
Gesundheitswesen modernisieren	37 (-2)	55 (-)		
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (-1)	58 (+1)		
Zuwanderung von Ausländern regeln	36 (+3)	58 (-3)		
Altersversorgung langfristig sichern	34 (+3)	59 (-4)		
Steuerlast gerecht verteilen	34 (+4)	60 (-4)		
Bedingungen der Pflege verbessern	29 (-4)	64 (+2)		
Erhebungszeitraum	0513	.03.2018		

In 9 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik und die Vertretung deutscher Interessen in der EU (jew. 70 %).



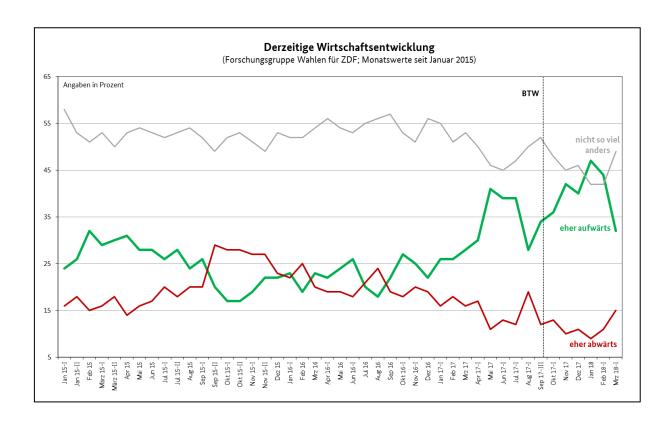
#### Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	32 (-12)	
eher abwärts	15 (+4)	
nicht so viel anders	49 (+7)	
Erhebungszeitraum	1315.03.	

Die optimistische Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung ist im Vergleich zur KW 5 deutlich zurückgegangen.

Anhänger der Union (40 %) und der SPD (39 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.





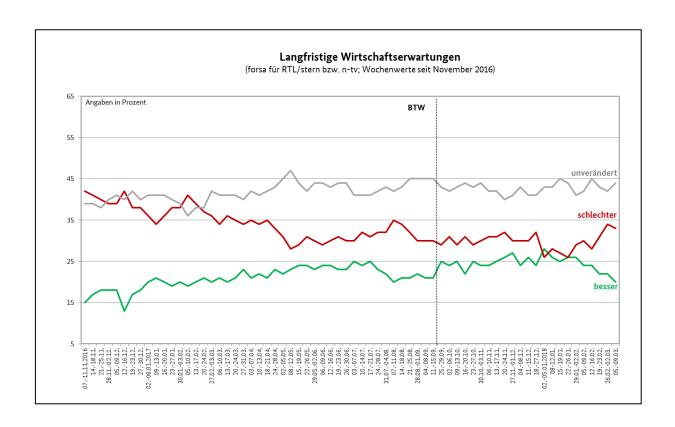
### Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	
besser	20 (-2)	
schlechter	33 (-1)	
unverändert	44 (+2)	
Erhebungszeitraum	0509.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 13 (+1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.





#### Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa <sup>für</sup> BPA
besser als vor einem Jahr	15 (-3)
schlechter als vor einem Jahr	13 (-1)
genauso wie vor einem Jahr	71 (+4)
Erhebungszeitraum	0509.03.

Unter 45-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (22 % zu 6 %), Männer häufiger als Frauen (20 % zu 10 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (20 % zu 8 %).

#### Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA
in einem Jahr besser	24 (+2)
in einem Jahr schlechter	10 (-1)
ungefähr so wie jetzt	64 (-2)
Erhebungszeitraum	0509.03.

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (47 % zu 11 %).

### Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa <sup>für</sup> BPA
zurzeit günstig	48 (-2)
zurzeit eher ungünstig	44 (+4)
Erhebungszeitraum	0509.03.

Gutverdiener sind häufiger als Geringverdiener (63 % zu 23 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre, und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (55 % zu 31 %).

Unter 30-Jährige (52 %) meinen überdurchschnittlich oft, man sollte sich zurzeit mit größeren Anschaffungen eher zurückhalten.

## Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA	
eher optimistisch	48 (-3)	
eher pessimistisch	28 (+1)	
Erhebungszeitraum	0509.03.	

Gutverdiener (57 %) und Männer (54 %) glauben überdurchschnittlich oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Geringverdiener (37 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (36 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA	
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	34	(+3)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	14	(+3)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten Entscheidung BVerwG	7	(-9)
US-Präsidentschaft Donald Trump	6	(+4)
Handelsbeziehungen zur USA	5	(-)
Konflikt England – Russland/Anschlag auf Ex-Spion Skripal	5	(neu)
Erhebungszeitraum	1314.03.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung. Überdurchschnittlich häufig sehen 50- bis 64-Jährige (40 %) und Ostdeutsche (39 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (40 % zu 24 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (43 % zu 27 %).

Die Anhänger aller Parteien außer der Linkspartei nennen die Koalitionsverhandlungen bzw. die Regierungsbildung überdurchschnittlich häufig (AfD: 45 %, Union: 43 %, SPD, FDP und Grüne: jew. 40 %, Linkspartei: 31 %).

Anhänger der AfD (34 %) und der FDP (21 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders häufig. Anhänger der Grünen (6 %) und der SPD (8 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

